

Dortmunder Tageblatt

verbunden mit dem „Lokalanzeiger für Dortmund und Hörde“.

Parteiblatt der „Deutschen demokratischen Partei“

Fernsp. Nr. 160. Geschäftsstelle: Dortmund, Prinzenstr. 9-11. Telegr.-Adresse: Tageblatt.

Anzeigen die 8 gelbige Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. answärtige, amtliche und gewerbliche Anzeigen 60 Pfg. (Kolonne) 120 Pfg. Bei umfangreicherer Verbreitung der Anzeigengebühren durch Abgabe von Kontenverträgen wird der ermäßigte Satz auf 50 Pfg. ermäßigt. Für die Schriftleitung verantwortlich: R. H. Seibert Dortmund.

Nr. 139.

1. Blatt.

Dortmund, Donnerstag, 19. Juni 1919.

36. Jahrgang

Die Gefahr eines allgemeinen Aufstandes.

Ein Putschversuch gegen die Regierung in Weimar. — Ablehnende Stellungnahme der Friedensdelegation. — Die Frage der internationalen Rechtsstellung Deutsch-Oesterreichs.

Ein Dokument des Hasses.

Die Meinungen der französischen und englischen Presse liegen an sich schon keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Antwort der Verbündeten auf die deutschen Gegenanträge ablehnend ausfallen würde. Nun liegt die Antwort vor. Sie macht viele Worte, um zu verneinen, aber sie macht viele Worte nicht einmal mit Anstand, sondern unter auffälliger Verletzung der einfachsten Regeln internationaler Höflichkeit. In Versailles soll doch ein Friede geschlossen werden, der auch die Gemeinschaft der Völker vorbereiten. Dazu wäre erforderlich, daß die Vertragsparteien wenigstens guten Willens zeigen, um aus den furchtbaren Erfahrungen und erschütternden Ereignissen der letzten Jahre zu lernen. Die deutschen Gegenanträge waren in einer ersten und würdigen Sprache abgefaßt, sie enthielten sich aller Angriffe auf andere Völker, umso mehr, als es sich darum handeln mußte, keinerlei Zwietracht mehr aufkommen zu lassen und wirkliche Verständigung anzubahnen. Es war nichts desto weniger notwendig, daß die deutsche Vertretung auch die Schuldfrage geklärt beantwortete, da jedes Schweigen gleichbedeutend gewesen wäre mit der Zustimmung zu den ungeheuerlichen Vorwürfen und Anschuldigungen des Verbündeten. — Von alledem ist der Vertrag abgewichen. Er hat die Ablehnung der deutschen Gegenanträge kaum begründet, dann aber umso heftiger die Polemik über die Schuld am Kriege entfesselt. Wozu so viele Worte. Der Krieg ist nicht im Juli 1914 entstanden, sondern er ist das reiche Ergebnis einer Politik, an der Frankreich, England und Italien ebenso mitgewirkt haben, wie Deutschland. Kein Satz der Clemenceau-Note ist richtig. Als Vorgesetzter ist die Verurteilung der verächtlichen Geschichtsschreibung, unternehmen, um die Forderungen und Bedingungen des Friedensvertrages zu entschuldigen. Schon das zeigt die schließliche Lage des Friedensvertrages, daß er Verurteilungen für den Trianon-Vertrag sucht und braucht, weil sie in der klaren Rechtslage nicht gegeben sind.

Um nur eines herauszugreifen: Die Hungerblöcke soll nicht gegen das Völkerrecht verstoßen haben, wohl aber der Taubstummkrieg. Das Clemenceaus Gedächtnis unheilbaren Schaden erlitten, weiß er nicht, daß die Gegenparteien in den Geschichtsbüchern urkundlich feststehen. England hat die verhängte Blockade über Deutschland mit der Kriegserklärung verhängt. Dieser Blockade war völkerrechtswidrig, wofür sich Clemenceau am verächtlichsten aus seinen Worten unterrichtet, die Wilson, sowie sein Staatssekretär Bryan und Lansing vom Herbst 1914 bis zum Januar 1917 an England gerichtet haben. Die deutschen Taubstumm haben zu Beginn des Krieges keine Handelsflotte ohne Warnung versenkt. Erst als England den Krieg gegen die deutschen Frauen und Kinder eröffnete, hatte, da haben wir in der Antwort am ersten Februar 1915 bei verhängten Taubstummkrieg erklärt. Blockade gegen Blockade. Wir wissen, daß wir in der Folge den Taubstummkrieg milderten, um die Vereinigten Staaten zu zwingen zu stellen, daß der Taubstummkrieg erst wieder einsetzte, als der Verbündete das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 zurückgewiesen hatte. In der Note an Wilson hieß es damals, daß der Verbündete demnach eine ihn bedrückende Regelung des gegenwärtigen Streites wollte.

Ebenso widerwärtig ist die Heuchelei, die über die Wiederaufnahme Polens in der Note Clemenceaus geschrieben wird. Wie wäre dieser Passus übrigens ausgefallen, wenn das zarische Rußland, das sich ein selbständiges Polen niemals hätte gefallen lassen, ebenfalls am Tisch in Versailles saße?

Vor der Geschichte steht untrüglich und unerschütterlich fest, daß für die Friedensverhandlungen die Grundzüge Wilsons mit bindender Kraft von beiden Seiten vereinbart wurden. Es steht ebenso fest, daß Lansing im Auftrage Wilsons und im Einverständnis mit den Verbündeten das deutsche Volk klipp und klar vor die Wahl stellte, mit seinen bisherigen Machthabern zu brechen, um den Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit schließen zu können. Der Trianon-Vertrag ist kein Friedensvertrag, sondern ein Gewalt- und Straßvertrag. Die Entscheidung liegt nunmehr bei der Nationalversammlung und der Regierung. Bis Montag Abend hat die Antwort zu erfolgen, sonst soll Marshall noch freie Hand erhalten. Wie immer auch die Entscheidung fällt, dieser Macht- und Gewaltfrieden wird nicht von langer Dauer sein. Die Schuld liegt einzig und allein bei den Machthabern in Versailles, deren politische Einsicht nicht ausreichte, die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte zu übersehen.

Demokratisierung auf eigene Faust.

Berlin, 18. Juni. Die Beamten und Arbeiter des Eisenbahndirektionsbezirks Erfurt haben in einer Versammlung die Demokratisierung der Eisenbahn-Direktion beschlossen und die Verlegung des Eisenbahn-Präsidenten durch einen Vertriebsbeamten verlangt. Der Beschluß wurde der Regierung mitgeteilt. Wie wir nun von zuständigen Stellen erfahren, sind 10.000 Eisenbahnbeamte und Arbeiter in Sonderzügen in Erfurt eingetroffen, um die Eisenbahndirektion zu besetzen. In der Mitteilung an die Regierung heißt es, der deutsche Eisenbahner- und Beamtenverband habe in gemeinschaftlicher Aktion die Demokratisierung der Eisenbahndirektion in Erfurt in Angriff genommen. Minister Feiler hat eine Delegation, die ihn in Berlin aufsuchen wollte, nach Weimar eingeladen.

Die Regierung für einen Aufstand vorbereitet.

Berlin, 18. Juni. Im Falle einer Ablehnung der Friedensbedingungen ist, wie aus von zuständigen Stellen erklärt wird, mit dem Versuch der Aufzehrung eines allgemeinen Aufstandes in Deutschland zu rechnen. Die Regierung darf sich jedoch bei der Beratung über die Ententeantwort selbst durch derartige Möglichkeiten nicht beeinflussen lassen. Zur Zeit sei von einem Generaistreik oder dessen

Vorbereitung nichts bekannt. Die Gegner der Regierung hätten offenbar eingeesehen, daß ein Aufstand gegen die durch die Truppen gesicherte Regierung nicht durchführbar sei. Das hätten die Verhandlungen mit den Führern der Regierungstruppen bewiesen. Die Regierung werde die Truppen mehr denn je gegen alle Verrücktheiten in Schutz nehmen.

Putschversuch in Weimar.

Th. Weimar, 18. Juni. In der Nacht vor der Ankunft der Delegation ist es zu einem Putschversuch gekommen. Während das Militär auf dem Bahnhof in Weimar verladen wurde, um nach Erfurt zu gehen und dort für Ruhe und Ordnung zu sorgen, wurde die Wache des Untersuchungsgefängnisses überfallen. Die Häftlinge versuchten sich den Weg ins Freie. Sie trugen Waffen und zogen in Stärke von etwa 60 Mann nachts gegen 2 Uhr zum Schloß, in dem die Regierung ihren Wohnsitz hat. Dort wurde die schwache Wache der Regierungstruppen überwältigt, die ohne Widerstand ihre Waffen ablegte. Die Kaserne wurde von den Aufständischen unter Feuer genommen, wodurch erreicht wurde, daß auch die dort befindlichen Truppen die Luft verloren, die Regierung zu schützen. Die Lage war im höchsten Grade kritisch. Im Moment der höchsten Gefahr wurde den Truppen des Generals Kärster, die im Gefängnis waren, nach Erfurt abgereist, Kenntnis von den Vorgängen gegeben. In wenigen Minuten waren sie zum Einmarsch in die Stadt bereit, besetzten das Post- und Telegraphenamt und benutzten sich wieder des Schloßes, dessen Besatzung eine befehlige Polizei geschlossen hatte, sowie die Häftlinge, nach denen man jetzt auf der Suche ist, nicht in das Innere des Schloßes eindringen konnten. Ein Teil der Ausgestoßenen wurde gefangen genommen, ein anderer Teil hat sich heute Vormittag gestellt. Vom Landesjägersport wurden zwei Mann, von den Strafgefangenen vier Mann verwundet.

Die Stellungnahme der Reichsregierung.

Berlin, 17. Juni. Das Dokument der Entente Antwort besteht, wie wir von zuständigen Stellen hören, aus vier Teilen: der Mantelnote, der Teilschrift, einer Abhandlung über die Verwaltung der besetzten Gebiete Deutschlands und einem Exemplar des ursprünglichen Friedensvertrages mit den rotengezeichneten Veränderungen. Die Antwort ist als ein Ganzes anzusehen. Mantelnote und Teilschrift geben zusammen. Bisher liegt in Berlin nur die Mantelnote vor. Die Teilschrift, die durch Kurier überbracht wird, trifft erst heute Nachmittag in Berlin ein und dürfte erst im Laufe des morgigen Nachmittags bekanntgegeben werden können.

Das Kabinett in Weimar hat die Mantelnote noch nicht kennen gelernt. Die um 12 Uhr ankommende Teilschrift ist noch nicht in Weimar angekommen. Die Antwort wird das Kabinett jedoch noch heute Abend in einer auf 6 Uhr anberaumten Sitzung beraten. Die Stellungnahme des Kabinetts kann erst im Laufe des morgigen Tages bekannt werden. Graf Brockdorff-Rangau trifft heute Abend um 12 Uhr in Weimar ein. Schon aus diesem Grund ist eine endgültige Stellungnahme des Kabinetts vor Mittwoch nicht zu erwarten. Die Nationalversammlung wird in Weimar wahrscheinlich am Freitag zusammengetreten. Bis dahin muß sich das Kabinett im Großen und Kleinen klar sein. Die Frist für die Beantwortung der Entente ist bis Montag Nachmittag verlängert worden.

Verweigerung der Unterschrift?

Th. Weimar, 18. Juni. Reichsstaatsminister Vorheine hat an die „Neue Freie Presse“ ein Telegramm gerichtet, welches das Wort unter dem Titel: „Verweigerung der Unterschrift“ veröffentlicht. In diesem Telegramm heißt es: „Wir können diesem Vertrag unsere Unterschrift nicht geben. Wir werden der weiteren Befolgung des Bundes keinen Widerstand entgegenstellen. Sollten die Feinde versuchen, unter Gewalt aus dem deutschen Volke herauszupressen, was sie ihm im Friedensvertrag zu leisten zumuten, so werden sie an diesem Versuch scheitern.“

Die Antwortnote der Auskündigung des Waffenstillstandes.

Berlin, 18. Juni. Die Antwortnote der Entente ist, wie wir von zuständigen Stellen erfahren, als eine modifizierte Aufkündigung des Waffenstillstandes anzusehen. Der Waffenstillstand ist durch die Antwortnote gewissermaßen gekündigt. Daß die Entente mit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten für den Fall der Nichtannahme der Bedingungen ernst machen wird, darüber besteht kein Zweifel.

Preussische Landesversammlung und Friedensfrage.

Th. Weimar, 18. Juni. Die Fraktionen der preussischen Landesversammlung entsenden Vertreter nach Weimar, um bei den Beratungen über die neue Politik mitzuwirken. Die Vertretungen kehren später am Freitag nach Berlin zurück.

Das „Kabinett Cassirer“.

Die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“, das von den Reichsstaatsministern offiziell benutzte Weimarer Korrespondenzunternehmen, haben dieser Tage angekündigt, daß die Vorbereitungen der unabhängigen Sozialdemokraten zur Bildung einer neuen Regierung hauptsächlich im Salon eines bekannten Berliner Verlegers getroffen würden. Man darf von diesem Salon einmal ausführlich sprechen. Es ist die Heimstätte des politischen Klubs, den der Berliner Kunsthandwerker und Literaturverleger Paul Cassirer begründet hat. Man kennt die Empfehlung des berühmten Mannes. Aus einer vermögenden Berliner Familie stammend, wurde er in den neunziger Jahren der kaufmännische Manager der gesellschaftlichen Welt, was ihm und den Künstlern sehr gut bekommen ist. Bei Kriegsausbruch meldete er sich als Kriegsfreiwilliger — nicht gerade in den Schützengraben, sondern als Mitglied des kaiserlichen Automobilklubs, mag die Gründung einer kriegszeitlichen Zeitschrift zu haben, die Siebermann und andere führende moderne Weimarer in den Dienst der Kriegsbegeisterung stellte. Paul Cassirers persönliche Kriegsbegeisterung ließ etwas nach, als aus dem kaiserlichen Automobilklub die kriegsverwendungsfähigen Mitglieder in Munitionsmunition gesteckt wurden. Gute Verbindungen lösten ihn aber von diesem Schicksal bald ab und landeten ihn zur Weide der berüchtigten deutschen Kulturpropaganda in die Schweiz. Als im Sommer 1918 das deutsche Kriegsglück im Westen sich wendete, erdachte Paul Cassirer sein passifistisches Herz und der militärischen reiche Kapitalist wurde Sozialist. Er nahm Verbindung mit den unabhängigen Sozialdemokraten, indem er Verlagsverträge mit deren Führern über ihre künftigen Publikationen abschloß.

Nachmittags siedelte er Ende Oktober 1918 wieder nach Berlin über und am 4. November wurde in seinem Hause im Tiergartenviertel ein politischer Klub gegründet, der als Aktionskomitee der Revolution wirken sollte. Der Klub setzte sich durchweg aus unabhängigen Sozialdemokraten zusammen. Dr. Friedreich, Heinrich Ströbel, Herr Simon und der Chefredakteur der „Freiheit“, Dr. Vetter, waren die führenden Köpfe. Der Klub sollte sich dann von den Demokraten der Provinz ausbreiten. Eine kleine Einleitung erlebte der Klub, als es dann am 9. November nicht gelang, seine Mitglieder in die Reichsregierung, sondern nur zu die preussische Regierung hineinzubringen, wo ihres Mitglieds auch nicht lange war. So wurde er allmählich zum Klub der Unzufriedenen und zu Anfang 1919 war Herr Cassirer nahe daran, das Unternehmen aufzulösen, weil es sich nichts Positives davon versprach.

Seit einigen Wochen hat sich die Stimmung der unabhängigen Sozialdemokraten und der Klub hat seine Aktion in verstärktem Maße wieder aufgenommen. Herr Cassirer ist dazu geschritten, für den Klub eine besondere Etage in der Reichsstraße zu mieten, die zurzeit auf das Augustische Hofgut entfallen und in deren Räumlichkeiten nun Deutschlands Zukunft endgültig in den Sattel gesetzt werden soll. Auch zum Militär unterhält man Beziehungen. Der militärische Berater des Klubs ist der Generalstabschef Hauptmann Wölke, der Bruder des gefallenen Kampffliegers. Der Klub hat offene Diskussionen bezeugt und, die sich über die deutsche „Stimmung“ orientieren, und er hat geheime Sitzungen.

Das Bild dieser unabhängigen Sozialisten, die sich um einen der reichsten Berliner Kapitalisten zogen, dessen Vermögen doch nach marxistischer Theorie nichts anderes ist, als der untergeordnete Wertwert des Extrages geistiger Arbeiter, muß recht zur Arbeiterklasse etwas Groteskes haben. Naturgemäß haben auch die Leute ihre Verdienste. Strobel, a. m., die als Stern an Cassirers Himmel erglängen, um den Arbeitermassen nur geringe Wertschätzung. Man weiß dort sehr genau, daß sie nur Sozialisten mit Bagel und Füllfeder sind. Die Männer, die die Arbeiterkraft in der Hand haben, sie sind selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen: Richard Wüller, Täufel und Emil Barth. Sollte es wirklich einmal zu einem Kabinett der Unabhängigen kommen, so ist es sehr wahrscheinlich, daß Cassirers Klub zum zweiten Male ein Klub der Unzufriedenen werden wird.

Belgien als Mandatar deutscher Kolonien.

W. Amsterdam, 18. Juni. „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, England werde seine Zustimmung dazu erteilen, daß Belgien das Mandat über den Teil Deutsch-Ostafrikas erhält, der an den belgischen Kongo grenzt. Dieser Teil werde jedoch nicht das ganze Gebiet umfassen, das von den belgischen Truppen besetzt ist. Belgien werde den Teil, der nicht an den Tanganjika grenzt, an England abtreten, wodurch der Wunsch Englands nach einer Bahnverbindung Kairo-Kap und einer Verbindung zwischen Ostafrika und Uganda erfüllt werden würde. — England werde Belgien für den Transitverkehr durch Britisch-Ostafrika und Deutsch-Ostafrika besondere Erleichterungen gewähren, damit so die Distanz der belgischen Kolonie eine gute Verbindung mit dem indischen Ozean erhält. Der österreichische Hauptanspruch in Ost. Germanien.

Die Auslieferung des Kaisers.

W. Amsterdam, 18. Juni. Allgemeine Haas telegraph meldet aus Paris, es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die alliierten Mächte, sowie der Friedensvertrag unterzeichnet ist, von den Niederlanden die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers verlangen werden, um ihn den Friedensbedingungen gemäß vor Gericht zu stellen.

Ankunft der Friedensdelegation in Weimar.

W. Weimar, 18. Juni. Die Friedensdelegation ist heute morgen mit mehrstündiger Verspätung eingetroffen. Seit 10 Uhr vormittags findet eine Kabinettsitzung statt.

Kabinettsitzung.

W. Berlin, 18. Juni. Das Kabinett ist in Weimar um 4 Uhr zusammengetreten und wird bis in die Nacht hinein tagen. Morgen findet eine gemeinsame Sitzung des Kabinetts mit der Friedensdelegation statt.

Die deutsche Volkspartei für Ablehnung.

W. Weimar, 18. Juni. Wie die Nationalliberale Korrespondenz mitteilt, hat die Fraktion der deutschen Volkspartei einstimmig beschlossen, den Friedensvertrag auch in seiner heutigen Gestalt in voller Uebereinstimmung der bisher in der Friedensfrage eingenommenen Haltung abzulehnen.

Clemenceaus Entschuldigungsnote wegen der Versailler Zwischenfälle.

W. Versailles, 18. Juni. Die Note des Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, über die Vorgänge in Versailles an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen, Grafen von Brockdorff-Rangau, hat folgenden Wortlaut:

Paris, den 17. Juni 1919. Herr Vorsitzender!

Ich habe erfahren, daß in dem Augenblick der Abreise der deutschen Delegation aus Versailles gestern Abend Zusammenrottungen an den Türen Ihrer Residenz stattgefunden haben und daß dies lärmende Zwischenfälle zur Folge gehabt hat. Ich belege mich, Ihnen mein volles Bedauern dieser Verursachungen und den Gegebenen der Gastfreundschaft in so ärgerlicher Weise zuwiderlaufenden Geschehnisse auszusprechen. Diese Zusammenrottungen waren nur infolge der Abwesenheit einer Anzahl von Polizeibeamten, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung in die Umgebung von Versailles und auf andere Stellen beordert waren, möglich gewesen. Der Präsident des Deparlements Seine et Oise wird von Herrn Daniel seine Entschuldigungen vordringen und es wird, wie auch der Polizeikommissar, seines Amtes enthoben werden, weil sie Ordnungsmassnahmen, die Ihnen anbefohlen waren, nicht getroffen hatten. Genehmigen Sie Herr Vorsitzender den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung. Clemenceau.

Dortmunder Tageblatt

verbunden mit dem „Lokalanzeiger für Dortmund und Hörde“.

Parteiblatt der „Deutschen demokratischen Partei“

Verp. Nr. 160. Geschäftsstelle: Dortmund, Prinzenstr. 9-11. Telegr.-Adresse: Tageblatt.

Anzeigen die 8 gelbige Kolonietafel oder deren Raum 40 Pfg. auswärtige, anfallige und Finanzanzeigen 50 Pfg. (Kolonietafel) 1.50 Mk. Bei langfristiger Werbung der Anzeigengebühren durch Abgabe von Kontenverträgen wird der befristete Rabattbewilligt. Erfüllungsort Dortmund. Für die Schriftleitung verantwortlich: R. G. Seibert Dortmund.

Nr. 143.

(1. Blatt)

Dortmund,

tag, 24. Juni 1919.

36. Jahrgang

Bedingungslose Unterzeichnung.

Das Friedenskabinet.

Die Entente wird unter den von ihr mit vorgehaltener Pistole abgeschlossenen Vertrag die Unterzeichnung erhalten, die deutschseits von einer Regierung des Reiches nicht auf das Recht besteht, die Zustimmung der Reichsversammlung zu verweigern. Das zeigt die Zusammenfassung des Kabinetts selbst sowie der Verlauf der entscheidenden Sitzung der Nationalversammlung. In ihrer Abstimmung konnte eine Mehrheit nur mit der aus ganz besonders revolutionären Agitationsgründen erfolgten Hilfe einer großen reaktionären Oppositionsgruppe, der Unabhängigen, erreicht werden, die selber auf Grund ihrer Anschauungen den Ententevertrag so verdammenst wie nur irgend eine andere Partei finden müßte.

Ein Reichsarbeitsministerium aus Reichssozialisten und Zentrumsmännern hat die traurige Aufgabe übernommen, gewissermaßen die Postaufgabestelle für die Uebermittlung der deutschen Unterzeichnung zu bilden. Dieser Charakter dürfte die Auffassung des gesamten deutschen Volkes bis zu den unabhängigen Unterzeichnungsinstanzen sein. Mag auch Erzberger für seine Person anderer Auffassung sein, er hat sich doch nicht auf das tote Geis eines Reichsarbeitsministers abgeben lassen, sondern hat zu seinem durch Trauergefühl jetzt nicht länger getäuscht durch auch sein schon längst von ihm vorbereiteter Nebenreißer — man sprach davon in Berlin schon seit vielen Wochen — des „Wiederaufbaues“ an sich reihen können. Mag auch Wiffel mit der Fähigkeit des von Natur dolttrinken und von dolttrinken Ratgebern unterstützten Theoretikers die Durchführung seiner Pläne richtig ist, die auch unter seinen eigenen sozialistischen Ministerkollegen wenig Freunde hat, als die wichtige Lebensfrage des deutschen Volkes betrachten und den Wert seiner Versprechungen darnach einschätzen. Der neue Ministerpräsident Bauer, der sich in der äußeren Politik befähigt und dessen anerkannte Leistungen auf dem Gebiete des Angestellten- und des Gewerkschaftswesens liegen, hat in der von ihm vorgelegten Kabinettsentscheidung den Charakter seines Kabinetts als eines Arbeitsministeriums deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Der neue Minister des Auswärtigen Hermann Wiffel hat nicht amtlich in der Agitation gegen die unerfüllbaren Bedingungen, die den auf dem Verner Sozialistenkongress aufgestellten Forderungen geradezu ins Gesicht schlugen, seine innere Stellungnahme von der praktischen Lösung, die er mit zu verantworten sich ansetzt, abgeschieden. Was wird er überhaupt noch besonders als Auswärtigerminister in den Friedensfragen zu sagen haben, nachdem Erzberger in den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten bereits hat ankündigen lassen, daß seine Waffensstillstands-Kommission außer dem Wiederaufbau die im Vertrag vorgezeichneten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Regierungen zu tragen habe?

Da eine Unterzeichnungsverweigerung ganz unmöglich ist, ist es Pflicht der Regierung wenigstens, die Technik und das Schauspiel der Unterzeichnung möglichst kurz und schmerzlos zu gestalten. Vor der Hand bleibt uns, nachdem wir einmal mit der Karte immer tiefer in den Sackraum geraten sind, nichts übrig, als alle Neigungsmöglichkeiten mit unseren Vertragsgegnern tunlichst zu vermeiden. Es wird nicht so heiß gegessen wie gefodert. Mit diesem Sprichwort habe ich mich schon bei der Unterzeichnung der Waffensstillstandsbedingungen getraut. Wir dürfen aber nicht sein, daß für die nächste Zeit, um kein Jota von dem, was wir uns verpflichtet haben, erlassen wird. Im Gegenteil, es wird hinter jeder Bedingung ganz wie beim Waffensstillstand, noch Bedingung und Bedingung, an die in der Eile gar nicht gedacht wird, lauern. Es hat darum keinen Sinn mehr, durch einen Protest von mündlich abgegebenen Erklärungen zu den sogenannten Ehrenpunkten Anlaß zu Verwicklungen und der Forderung nach „Sicherungen“ zur Durchführung des Vertrages zu geben. Die Versenkung der Schiffe in der Scapabucht, die vom menschlichen Standpunkt mehr als begreiflich ist, aber politisch denkbar ungünstig wirken muß, genügt schon, um jetzt aller Zurückhaltung uns zu befleißigen.

Nationalversammlung.

Sitzung vom 22. Juni.

(Fortsetzung.)

Abg. Graf Posadowsky (Deutschn. Vpt.): Wir können der neuen Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen. Wir haben uns alle Folgen überlegt, die eine Ablehnung des Friedensvertrages mit sich bringen. Aber diese Sorgen sind nur vorübergehend, während der Vertrag ungezählte Generationen des Volkes dem Elend preisgeben soll. Deshalb muß das lebende Geschlecht den Todestritt beugen, die gegenwärtigen Folgen zu ertragen, um die Zukunft zu retten. Proteste haben keinen Zweck. Wer seine Unterzeichnung darunter setzt, befähigt sich zu dem Inhalt. Ich bitte die Regierung mit größtem Nachdruck dahin zu wirken, daß unsere Feinde sich zu einer gerechten Behandlung unserer deutschen Mitbürger verpflichten. Wir wollen uns alle die Hand reichen und darauf hinwirken, daß das deutsche Volk wieder seine politische Ausübung erleben kann. Unsere Aufgaben für die Zukunft sind schwer. Ich hoffe zu dem guten Kern des deutschen Volkes, daß es ihm gelingen wird, diese schweren Zeiten zu überwinden.

Der zweite Antrag ist, wie Präsident Fehrenbach mitteilt, geändert: Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden.

Ueberreichung der Note in Versailles.

In Versailles, 23. Juni. Heute nachmittag 4.40 Uhr hat der deutsche Gesandte von Daniel dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau die Note zu überreichen lassen, in der die deutsche Regierung sich bereit erklärt, die Bedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen bedingungslos anzunehmen.

Der Wortlaut der Note.

In Berlin, 23. Juni. Der Gesandte v. Daniel hat im Auftrage der Reichsregierung heute nachmittag 4.40 Uhr folgende Note an die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Regierungen überreicht:

Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit größter Aufmerksamkeit die Bedingungen des Friedensvertrages entnommen, die sie entschlossen sind von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck haben, dem deutschen Volk seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, heißt dem deutschen Volk nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichen und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen aufgestellten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.

Die ablehnende Antwort Clemenceaus

In Weimar, 23. Juni. Der vorliegende Text der Antwortnote Clemenceaus lautet in deutscher Uebersetzung: Die alliierten und assoziierten Mächte prüfen die Note der deutschen Delegation vom heutigen Datum. Sie sind in Anbetracht der kurzen Zeit, die übrig bleibt, der Meinung, daß es ihre Pflicht ist, eine unverzügliche Antwort zu geben. Von der Frist, innerhalb deren die deutsche Regierung endgültig die Entscheidung über die Unterzeichnung des Vertrages trifft, kann nicht abgesehen werden. Die alliierten und assoziierten Regierungen prüfen mit größter Aufmerksamkeit die Bedingungen des Friedensvertrages und beantworten darauf mit voller Einnützigkeit und machen die Angelegenheit, die ihnen richtig zu sein scheinen. Die letzte Note der deutschen Delegation enthält keine Argumente und keine Bemerkung, die nicht bereits Gegenstand der Prüfung gewesen wären. Die alliierten und assoziierten Mächte halten es daher für ihre Pflicht, zu erklären, daß die Zeit der Verhandlungen vorbei ist. Sie können keine Modifikationen oder Vorbehalte annehmen oder anerkennen. Sie sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine unbedingte Erklärung zu fordern über ihren Willen, den Vertrag in der endgültigen Form zu unterzeichnen und im ganzen Umfang anzunehmen, oder die Unterzeichnung oder Annahme zu verweigern. Nach der Unterzeichnung werden die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Ausführungen des Vertrages in allen seinen Bestimmungen verantwortlich machen.

Admiral v. Reuter übernimmt die Verantwortung für die Versenkung

In Amsterdam, 23. Juni. Das Reuterische Büro meldet: Es verlautet, daß der Konteradmiral v. Reuter die volle Verantwortung für die Versenkung der deutschen Schiffe übernimmt und zwar auf Grund des vom früheren deutschen Kaiser im Jahre 1914 gegebenen Befehls, daß die Schiffe niemals in Feindeshand fallen dürfen.

Abg. Hering (Soz.): Im Namen der sozialdemokratischen Vertreter der Gebietsstelle der durch diesen Friedensvertrag unmittelbar vor der Gefahr stehen, von Deutschland losgerissen zu werden, habe ich zu erklären: Wir erheben voll heißen Schmerz unsere Stimme, um in leidenschaftlicher Weise gegen die Bestimmung unserer Heimat vom Vaterlande v. o. t. zu erheben. Aber um unsere Heimat nicht zum Schauplatz neuer blutiger Kämpfe zu machen und unsere Frauen und Kinder nicht erneut den Schrecken eines Krieges auszuliefern, haben wir uns dennoch mit blutigen Herzen entschlossen, dem Friedensvertrage unsere Zustimmung zu geben. Wir erklären aber in dieser feierlichen Stunde vor aller Welt und vor der Geschichte, daß wir und diejenigen, die uns durch ihr Vertrauen in die Nationalversammlung geschickt haben, deutsch sind und deutsch bleiben. Wir werden auch unser Leben lang die Hoffnung nicht aufgeben, daß früher oder später, die durch das Machtgebot eines kurzschäftigen und habgierigen Siegers von Vaterlande getrennten Gebiete den Weg zum Vaterlande zurückfinden werden. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Unter großer Anwesenheit wird dann auch zur Abstimmung geschritten, deren Ergebnis bereits gemeldet wurde.

Die Mehrheit ist für Unterzeichnung des Friedensvertrages, sie besteht aus Sozialdemokraten, Zentrumsmitgliedern, Unabhängigen und einer Minderheit der Demokraten.

Schluß 4.30 Uhr. Nächste Sitzung Montag, 23. 2 Uhr. Interpellationen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung kurz vor 3 Uhr, und schlägt nochmals

Veratung des Friedensvertrages vor.

Ministerpräsident Bauer: Durch die Antwort der Entente ist die Lage in 12. Stunde von Grund auf geändert und damit stehen wir unerbittlich vor der unabweisbaren Frage: Ablehnen oder bedingungslos unterzeichnen. Die Regierung hat gestern die bedingte Unterzeichnung vorgeschlagen, sie hat geglaubt, diesen letzten Versuch machen zu müssen, um etwas wenigstens von all den Idealen zu retten, die unsere Gegner angeblich in diesem Kampfe für die Menschheit erstreben wollten. Alles das ist aber heute nur noch theoretisch betrachtet. Es soll uns nichts, garnichts erparat bleiben, zur Entscheidung wollen die Feinde auch noch die Verachtung. Reist muß die ganze Welt sehen: Hier wird ein besiegtes Volk an Leib und Seele vergewaltigt, wie kein Volk je zuvor. Kein Protest mehr, kein Sturm der Empörung, alles weitere muß den Eindringlichen überlassen werden, die heute der Welt bietet, zum Teil mit verhöfelm und unverhöfelm Entsetzen auf diese Vergeltung sieht. Unterzeichnen wir, das ist der Vorschlag, den ich Ihnen namens des ganzen Kabinetts mache.

bedingungslos unterzeichnen.

Notetat, der wegen nicht rechtzeitigiger Fertigstellung des Hauptelats 6 Milliarden bis zum 1. Oktober zur Verfügung steht.

Abg. Mumm (Deutschn.) beantragt aus Sparfahrsgründen, daß nur 5 Milliarden bewilligt werden.

In der weiteren Debatte sprachen noch Gohlsch (D.), Schirmer (V) und Dr. Meißner (Vpt.), die die Arbeiter bitten, endlich wieder zur Arbeit zurückzukehren.

Abg. Wurm (U.): Die Arbeiter haben zur Regierung kein Vertrauen, daher arbeiten sie nicht. Wenn das anders geworden ist, werden wir den Appell zur Arbeit ergehen lassen.

Der Antrag Wurm wird abgelehnt und der Notetat gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt. Das Gesetz für den Eintritt Sachverständigen und Sachverständigen in die Dienstleistungsgesellschaft wird angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Anfragen und kleinere Vorlagen. Schluß 6 Uhr.

Welches ist nicht ecklos. Die Gegner wollen uns an die Ehre, daran ist kein Zweifel; aber daß dieser Versuch der Erbschneidung einmal auf die Höhe selbst zurückfallen wird, daß es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zugrunde geht, das ist unsere Hoffnung bis zum letzten Atemzuge. Ich darf wohl annehmen, daß auch nach diesen Vorgängen die Regierung ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Abg. Schiffer (D.): Die Ermächtigung beanstanden wir nicht. Meine politischen Freunde sehen keinen Zweifel in die vaterländische Bestimmung auch derjenigen, die mit Ja gestimmt haben.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschn.): Meine Partei steht auf dem Standpunkte der unbedingten Ablehnung und erhebt Widerspruch gegen die Unterzeichnung.

Abg. Heinze (Deutsche Vpt.): Wir lehnen den Friedensvertrag nach wie vor ab. Wir erkennen an, daß auch die Gegner unserer Ansicht nur aus vaterländischen Gründen handeln.

Präsident Fehrenbach: Ein Widerspruch gegen die Auffassung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung ermächtigt werden soll, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ist nicht erfolgt. (Widerspruch rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschn.): Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß gestern nur eine beschränkte Ermächtigung zur Unterzeichnung gegeben wurde.

Präsident Fehrenbach: Ich nehme an, es wird Widerspruch erhoben und nachmalige Ablehnung verlangt.

In einfacher Abstimmung erklärt darauf das Haus, gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei und eines Teiles des Zentrums und der Demokraten die Auffassung der Regierung, daß sie nach wie vor ermächtigt ist, den Frieden zu unterzeichnen, für zutreffend.

Präsident Fehrenbach: Ich stelle mit Genehmigung fest, daß von den verschiedenen Seiten des Hauses anerkannt wurde, daß alle Teile des Hauses nur von vaterländischen Gründen sich bei der Abstimmung leiten ließen. Ich möchte wünschen, daß dieser Geist auch hinausgehen möchte in unser Volk, daß es nunmehr gewillt ist, nunmehr Anträge zu sammeln, alle die großen Lasten auf sich zu nehmen, die uns jetzt bevorstehen. Im übrigen empfehlen wir unser unglückliches Vaterland dem Schutze des barmherzigen Gottes.

Die Sitzung wird dann um 3.15 Uhr um eine Stunde unterbrochen. Um 4.30 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Präsident Fehrenbach: Die Parteiführer haben sich zu einem

Aufruf an das deutsche Heer geeinigt, in dem es u. a. heißt: Ungeheure und niederdrückende Anforderungen stellt der trotz des Heldentums unserer Truppen uns aufgelegene Frieden an alle Teile des Volkes, besonders schwer aber an das Geschlecht unserer Soldaten. Das deutsche Volk erwartet unerschrocken, das Heer und Marine treu ihrer großen Vergangenheit in ihrer schweren Zeit ein Beispiel der Selbstverleugung und der Aufopferung geben und Hand in Hand mit den anderen Volksgenossen an der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes arbeiten. Sie werden gelingen, wenn alle ihre vaterländische Pflicht erfüllen. (Beifall.)

Der Präsident teilt weiter mit, daß der Kabinettsauschuß im Einvernehmen mit der Regierung vorschlägt, einen

Beirat der Nationalversammlung für die Reichsbetriebe einzusetzen, in dem die Sozialdemokratie 2 Mitglieder und alle übrigen Fraktionen je 1 Mitglied ernennen sollen.

Ein Antrag aller Parteien, wonach der Finanzminister berechtigt wird, für Gebietsstellen, bei welchen die Reichszugehörigkeit gefährdet ist, den Vorschlag zu machen.

Anzeigepflicht über Hinterlegung von Wertpapieren seit dem 1. Oktober 1918 aufzuheben, sowie ein

Zusatzantrag des Abg. Wurm (U. S.) diese Bestimmung auf das ganze Reichsgebiet zu erstrecken und die Anzeigepflicht auf die seit dem 1. August 1914 hinterlegten Wertpapiere auszudehnen, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der

Notetat,

der wegen nicht rechtzeitigiger Fertigstellung des Hauptelats 6 Milliarden bis zum 1. Oktober zur Verfügung steht.

Abg. Mumm (Deutschn.) beantragt aus Sparfahrsgründen, daß nur 5 Milliarden bewilligt werden.

In der weiteren Debatte sprachen noch Gohlsch (D.), Schirmer (V) und Dr. Meißner (Vpt.), die die Arbeiter bitten, endlich wieder zur Arbeit zurückzukehren.

Abg. Wurm (U.): Die Arbeiter haben zur Regierung kein Vertrauen, daher arbeiten sie nicht. Wenn das anders geworden ist, werden wir den Appell zur Arbeit ergehen lassen.

Der Antrag Wurm wird abgelehnt und der Notetat gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt. Das Gesetz für den Eintritt Sachverständigen und Sachverständigen in die Dienstleistungsgesellschaft wird angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Anfragen und kleinere Vorlagen. Schluß 6 Uhr.

Dortmunder Tageblatt

verbunden mit dem „Lokalanzeiger für Dortmund und Görde.“

Parteiblatt der „Deutschen demokratischen Partei“

Verp. Nr. 160. Geschäftsstelle: Dortmund, Prinzenstr. 9-11. Telegr.-Adresse: Tageblatt.

Nr. 148.

Dortmund, Montag, 30. Juni 1919.

36. Jahrgang

Warum Deutschland kapitulieren mußte.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ gibt nach dem Pariser Exzellente eine Darstellung des französischen Generalstabes über die vielen militärischen Vorgänge im November 1918. Das Dokument, das entschieden eine Stellungnahme der deutschen militärischen Kritik erfordert, besagt folgendes:

Der hätte sich seit dem 11. November 1918 nicht fragen, wie die Deutschen so plötzlich kapitulieren konnten nach so unglücklichen Anstrengungen und Erfolgen! Dokumente, die in den Händen der französischen Obersten Heeresleitung sind, vermögen dieses Problem zu lösen: Sie beweisen, daß das deutsche Heer am 11. November am Ende war, daß es am Vorabend der größten militärischen Niederlage stand, die die Geschichte kennt, und daß nur ein Waffenstillstand es retten konnte. In der Zeit vom 13. Juli bis 1. November war die Zahl der deutschen Divisionen vor der Gewalt der alliierten Offensiven von 210 auf 184 zurückgegangen, die Heeresverbände von 81 auf 17. Dabei hatten sich infolge des Rückzuges eine Front von 700 Kilometern im Innern gebildet. Aber nicht nur die Zahl der Divisionen war zurückgegangen, auch ihr Kampfwert war vermindert, ihr Effektiveinsatz, ihr Kampfesmut, ihre Moral und ihre Hilfsmittel.

In Infanterie kämpfte um mehr als 50 Prozent weniger als am 1. Juli, 40 Prozent der Bataillone waren von vier auf drei Kompanien zurückgegangen. Von 207 Divisionen, die 1918 im Westen lagen, hatten 106 im Herbst 1918 nur noch 21. März und 10. November. Die übrigen waren kampfunfähig. Mehrere Divisionen waren drei bis viermal vorgerückt worden. Von 40 Divisionen hatten in dieser Zeit 35 zwischen 1000 und 2000 bis 3000 Gefallene verloren, was einem Gesamtverlust von 100 000 Gefangenen entspricht. Endlich wurden die Nachschublinien kürzer und kürzer. 60 Prozent der Divisionen lagen im Herbst, September und Oktober über 40 Prozent haben in 20 bis 30 aufeinanderfolgenden Tagen gekämpft.

Am 10. November waren alle Kampftruppen im Feuer oder kamen heraus, alle hatten schwere Mängel hinter sich. Es blieb keine Reserve mehr übrig. Der im Winter, noch in der Stille; der Mangel an Nahrung war allgemein. Unter solchen Umständen die Schlacht zu verlängern, hieß das Risiko noch mehr drücken. Und dann glaubte der deutsche Soldat seit der siegreichen Gegenoffensive der Alliierten nicht mehr an seinen Sieg. Er war entmutigt, er glaubte nicht mehr an seine Führer. Er wünschte nicht mehr zu siegen — nur Frieden wollte er.

Der deutsche Soldat hatte alles gegeben, aber man hatte alles von ihm verlangt. Er war am Ende seiner Kraft, seine Führer wußten es nicht. Neben Schwäche und Entmutigung herrschte noch andere Gründe: Im Winter 1917-18 waren die deutschen Heere zur Frühjahrsaufmarsch mit Munition reichlich versehen. Aber schon im Juli 1918 hatten sie einen Großteil ihres Materials verloren, ohne die Möglichkeit, es wieder ersetzen zu können. Gezeugen, seine Artillerie zu verschleudern zu verwenden, hatte das Oberkommando die Reserve und Reserve erschöpft und dabei blieb die Produktion in den Fabriken unter dem Tagesbedarf. Kurz — von Juli bis November hatte das deutsche Heer 700 000 Stützpunkte verloren. Die Munitionskräfte verschärfte sich glücklicherweise. An den gesamten deutschen Fronten herrschte äußerste Sparsamkeit vor allem in.

Der deutsche Soldat hatte alles gegeben, aber man hatte alles von ihm verlangt. Er war am Ende seiner Kraft, seine Führer wußten es nicht. Neben Schwäche und Entmutigung herrschte noch andere Gründe: Im Winter 1917-18 waren die deutschen Heere zur Frühjahrsaufmarsch mit Munition reichlich versehen. Aber schon im Juli 1918 hatten sie einen Großteil ihres Materials verloren, ohne die Möglichkeit, es wieder ersetzen zu können. Gezeugen, seine Artillerie zu verschleudern zu verwenden, hatte das Oberkommando die Reserve und Reserve erschöpft und dabei blieb die Produktion in den Fabriken unter dem Tagesbedarf. Kurz — von Juli bis November hatte das deutsche Heer 700 000 Stützpunkte verloren. Die Munitionskräfte verschärfte sich glücklicherweise. An den gesamten deutschen Fronten herrschte äußerste Sparsamkeit vor allem in.

Der deutsche Soldat hatte alles gegeben, aber man hatte alles von ihm verlangt. Er war am Ende seiner Kraft, seine Führer wußten es nicht. Neben Schwäche und Entmutigung herrschte noch andere Gründe: Im Winter 1917-18 waren die deutschen Heere zur Frühjahrsaufmarsch mit Munition reichlich versehen. Aber schon im Juli 1918 hatten sie einen Großteil ihres Materials verloren, ohne die Möglichkeit, es wieder ersetzen zu können. Gezeugen, seine Artillerie zu verschleudern zu verwenden, hatte das Oberkommando die Reserve und Reserve erschöpft und dabei blieb die Produktion in den Fabriken unter dem Tagesbedarf. Kurz — von Juli bis November hatte das deutsche Heer 700 000 Stützpunkte verloren. Die Munitionskräfte verschärfte sich glücklicherweise. An den gesamten deutschen Fronten herrschte äußerste Sparsamkeit vor allem in.

Der deutsche Soldat hatte alles gegeben, aber man hatte alles von ihm verlangt. Er war am Ende seiner Kraft, seine Führer wußten es nicht. Neben Schwäche und Entmutigung herrschte noch andere Gründe: Im Winter 1917-18 waren die deutschen Heere zur Frühjahrsaufmarsch mit Munition reichlich versehen. Aber schon im Juli 1918 hatten sie einen Großteil ihres Materials verloren, ohne die Möglichkeit, es wieder ersetzen zu können. Gezeugen, seine Artillerie zu verschleudern zu verwenden, hatte das Oberkommando die Reserve und Reserve erschöpft und dabei blieb die Produktion in den Fabriken unter dem Tagesbedarf. Kurz — von Juli bis November hatte das deutsche Heer 700 000 Stützpunkte verloren. Die Munitionskräfte verschärfte sich glücklicherweise. An den gesamten deutschen Fronten herrschte äußerste Sparsamkeit vor allem in.

Der deutsche Soldat hatte alles gegeben, aber man hatte alles von ihm verlangt. Er war am Ende seiner Kraft, seine Führer wußten es nicht. Neben Schwäche und Entmutigung herrschte noch andere Gründe: Im Winter 1917-18 waren die deutschen Heere zur Frühjahrsaufmarsch mit Munition reichlich versehen. Aber schon im Juli 1918 hatten sie einen Großteil ihres Materials verloren, ohne die Möglichkeit, es wieder ersetzen zu können. Gezeugen, seine Artillerie zu verschleudern zu verwenden, hatte das Oberkommando die Reserve und Reserve erschöpft und dabei blieb die Produktion in den Fabriken unter dem Tagesbedarf. Kurz — von Juli bis November hatte das deutsche Heer 700 000 Stützpunkte verloren. Die Munitionskräfte verschärfte sich glücklicherweise. An den gesamten deutschen Fronten herrschte äußerste Sparsamkeit vor allem in.

Der deutsche Soldat hatte alles gegeben, aber man hatte alles von ihm verlangt. Er war am Ende seiner Kraft, seine Führer wußten es nicht. Neben Schwäche und Entmutigung herrschte noch andere Gründe: Im Winter 1917-18 waren die deutschen Heere zur Frühjahrsaufmarsch mit Munition reichlich versehen. Aber schon im Juli 1918 hatten sie einen Großteil ihres Materials verloren, ohne die Möglichkeit, es wieder ersetzen zu können. Gezeugen, seine Artillerie zu verschleudern zu verwenden, hatte das Oberkommando die Reserve und Reserve erschöpft und dabei blieb die Produktion in den Fabriken unter dem Tagesbedarf. Kurz — von Juli bis November hatte das deutsche Heer 700 000 Stützpunkte verloren. Die Munitionskräfte verschärfte sich glücklicherweise. An den gesamten deutschen Fronten herrschte äußerste Sparsamkeit vor allem in.

Der deutsche Soldat hatte alles gegeben, aber man hatte alles von ihm verlangt. Er war am Ende seiner Kraft, seine Führer wußten es nicht. Neben Schwäche und Entmutigung herrschte noch andere Gründe: Im Winter 1917-18 waren die deutschen Heere zur Frühjahrsaufmarsch mit Munition reichlich versehen. Aber schon im Juli 1918 hatten sie einen Großteil ihres Materials verloren, ohne die Möglichkeit, es wieder ersetzen zu können. Gezeugen, seine Artillerie zu verschleudern zu verwenden, hatte das Oberkommando die Reserve und Reserve erschöpft und dabei blieb die Produktion in den Fabriken unter dem Tagesbedarf. Kurz — von Juli bis November hatte das deutsche Heer 700 000 Stützpunkte verloren. Die Munitionskräfte verschärfte sich glücklicherweise. An den gesamten deutschen Fronten herrschte äußerste Sparsamkeit vor allem in.

Der deutsche Soldat hatte alles gegeben, aber man hatte alles von ihm verlangt. Er war am Ende seiner Kraft, seine Führer wußten es nicht. Neben Schwäche und Entmutigung herrschte noch andere Gründe: Im Winter 1917-18 waren die deutschen Heere zur Frühjahrsaufmarsch mit Munition reichlich versehen. Aber schon im Juli 1918 hatten sie einen Großteil ihres Materials verloren, ohne die Möglichkeit, es wieder ersetzen zu können. Gezeugen, seine Artillerie zu verschleudern zu verwenden, hatte das Oberkommando die Reserve und Reserve erschöpft und dabei blieb die Produktion in den Fabriken unter dem Tagesbedarf. Kurz — von Juli bis November hatte das deutsche Heer 700 000 Stützpunkte verloren. Die Munitionskräfte verschärfte sich glücklicherweise. An den gesamten deutschen Fronten herrschte äußerste Sparsamkeit vor allem in.

Der deutsche Soldat hatte alles gegeben, aber man hatte alles von ihm verlangt. Er war am Ende seiner Kraft, seine Führer wußten es nicht. Neben Schwäche und Entmutigung herrschte noch andere Gründe: Im Winter 1917-18 waren die deutschen Heere zur Frühjahrsaufmarsch mit Munition reichlich versehen. Aber schon im Juli 1918 hatten sie einen Großteil ihres Materials verloren, ohne die Möglichkeit, es wieder ersetzen zu können. Gezeugen, seine Artillerie zu verschleudern zu verwenden, hatte das Oberkommando die Reserve und Reserve erschöpft und dabei blieb die Produktion in den Fabriken unter dem Tagesbedarf. Kurz — von Juli bis November hatte das deutsche Heer 700 000 Stützpunkte verloren. Die Munitionskräfte verschärfte sich glücklicherweise. An den gesamten deutschen Fronten herrschte äußerste Sparsamkeit vor allem in.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

in Versailles, 28. Juni. Die Zeremonie der Unterzeichnung im Spiegel saal zu Versailles begann heute nachmittags 3 Uhr. Nachdem sämtliche Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte ihre Plätze eingenommen hatten, wurden die deutschen Delegierten in den Saal geleitet und zu dem für sie bestimmten Platz geführt. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau erhob sich und erklärte, nachdem die Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte durch Deutschland angenommen seien, erzeuge er die deutschen Bevollmächtigten, das Friedensdokument zu unterzeichnen. Er hob hervor, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute, daß die Bedingungen in totaler Weise eingehalten werden müßten. Um 4 Uhr unterzeichneten Reichsminister Hermann Müller und Dr. Voss als Erste den Friedensvertrag. Hieraus unterzeichneten der Reihe nach die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen. Er ersuchte die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte, zu warten, bis die deutschen Bevollmächtigten sich entfernt hätten. Die Militärmission werde die deutschen Delegierten in das Hotel des Korymbos zurückbegleiten. Die deutsche Delegierten verließen darauf als Erste den Saal und begaben sich auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren, sofort in das Hotel des Korymbos zurück.

Eine Botschaft Wilsons.

in Washington, 29. Juni. Reuter. In einer an die amerikanische Bevölkerung unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages gerichteten Botschaft dringt Wilson auf Annahme des Friedens- und Währungsvertrages ohne Änderungen oder Vorbehalte. Er nennt den Friedensvertrag das große Abkommen einer neuen Ordnung der Dinge, der Grund für eine tiefe Genugtuung und allgemeine Wertschätzung.

Wilson wird den Unterzeichnungsvertrag für Frankreich unterzeichnen.

in Paris, 29. Juni. Reuter. Beim Abschied von der amerikanischen Friedensdelegation erklärte Wilson, er sei bereit, den Vertrag zu unterzeichnen, in dem die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich verpflichten, Frankreich zu Hilfe zu kommen, falls es von Deutschland bedroht wird.

Die Schwierigkeiten bei der Bildung des französischen Friedenssausschusses.

in Paris, 29. Juni. Wie die Pariser Morgenblätter melden, wählte die Kammer gestern den Friedenssausschuss. Von 60 durch die Gruppen ernannten Kommissionsmitgliedern wurden 35, welche die absolute Mehrheit erlangten, wiedergewählt. Longuet und Mayraux erhielten die absolute Mehrheit nicht, jedoch für die zwei letzten Sitze ein zweiter Wahlgang stattfinden muß. Sämtliche sozialistischen Delegierten, welche gestern im Ausschuss wählten, erklärten sich mit Longuet und Mayraux solidarisch und traten aus dem Ausschuss aus. Der zweite Wahlgang für die Nachwahlen wurde von der Kammer auf nächsten Montag festgesetzt.

Balfour das Haupt der britischen Delegation

in London, 29. Juni. Allgemeine Handelsblätter melden aus London: Balfour wird das Haupt der britischen Delegation in Paris. Er ist sogar möglich, daß er als einziger Bevollmächtigter in Paris bleibt, um die Unterhandlungen zu Ende zu führen. Sein Sekretär wird Philip Kerr.

Die Verteilung Deutsch-Ostafrikas.

in Amsterdam, 29. Juni. Dem Allgemeinen Handelsblatt meldet der Pariser Korrespondent der „Wirtschaftspost“, daß Lord Milner und der belgische Vertreter ein Übereinkommen bezüglich des Mandats für Deutsch-Ostafrika unterzeichnet haben. Wegen der das Mandat für die Provinzen Ruanda und Urundi und Großbritanniens das Mandat für den übrigen Teil der Kolonie erhalten. Diese Abmachung ist jedoch wahrscheinlich nur eine vorläufige, da die endgültige Regelung bezüglich Zentralafrika von den dafür in Betracht kommenden Ländern, auch Portugal, getroffen werden muß. Das Übereinkommen zwischen England und Belgien muß von dem Rat der Vier gebilligt werden.

Die Auflösung der Waffenstillstandskommission.

in Berlin, 29. Juni. Die Nachricht, daß die Waffenstillstandskommission mit dem Finanzministerium zusammengelegt werden soll, trifft nicht zu. Es ist vielmehr beabsichtigt, die Waffenstillstandskommission als solche aufzulösen und die von ihr bearbeiteten Gebiete den beteiligten Reichsämtern zu übertragen. Reichsfinanzminister Erberger behält die Leitung der Waffenstillstandskommission und die Abwicklung ihrer Geschäfte bei. Mit seiner allgemeinen Stellvertretung ist Ministerialrat Franz von Stöckmann betraut worden.

Die Abstimmung auf den Alands-Inseln.

in Stockholm, 29. Juni. Laut Svenska Tidningen hat die Abstimmung auf den Alands-Inseln zu folgendem Ergebnis geführt: 94,4 Prozent der mündigen Bevölkerung stimmten für den Anschluß an Schweden. Die schwedische Presse fordert unter Hinweis darauf, daß dies die erdrückende Mehrheit darstellt, erneut, daß der Wunsch der aländischen Bevölkerung erfüllt werde.

Bethmann Hollweg deckt Kaiser Wilhelm.

Berlin, 28. Juni. Der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat, nachdem er bereits am 20. Mai d. Js. einen gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hat fallen lassen, am 25. Juni an den Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er: diesen bittet, das nachstehende Schreiben zur Kenntnis der gegen Deutschland alliierten und assoziierten Mächte zu bringen.

„In Artikel 227 der Friedensbedingungen haben die alliierten und assoziierten Mächte Seine Majestät Wilhelm II. von Hohenzollern, früheren Deutschen Kaiser, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der geüblichen Moral der Völker unter öffentliche Anklage gestellt. Sie haben gleichzeitig ihren Entschluß kundgegeben, an die Regierung der Niederlande ein Gefüß zu richten, worin sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Verurteilung anzuklagen. Mit Bezug hierauf erlaube ich mir, an die alliierten und assoziierten Mächte die Bitte zu richten, daß gegen Seine Majestät den Kaiser beabsichtigte Verfahren gegen mich stattfinden zu lassen. Zu diesem Zweck stelle ich mich hierdurch zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte. Als ehemaliger deutscher Reichskanzler trage ich für meine Anteilnahme an den politischen Handlungen des Kaisers. Ich glaube hieraus den Anspruch zu haben, daß die Regierung, welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlungen fordern wollen, ausschließlich von mir gebildet wird. In der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Mächte einem durch öffentliches Staatsrecht normierten Rechtszustand auch internationale Beachtung nicht verweigern wollen, darf ich die Hoffnung ausbreiten, daß Sie meiner dringenden Bitte Platz geben werden. Godesminow, den 25. Juni 1919. gez.: Bethmann Hollweg.“

Die Ausrottung des Deutschtums im Orient.

in Bremen, 28. Juni. Heute kam im Bremer Hafen der Dampfer „Gill Dermal“ an, der aus Konstantinopel den General v. Krell, den Chef der deutschen Delegation im Kaukasus, die letzten noch im Kaukasus befindlichen deutschen Truppen und die letzten Mitglieder der Konstantinopeler deutschen Kolonie in die Heimat zurückzuführen hat. Nach der Abfahrt des „Gill Dermal“ sind keine Deutschen mehr in Konstantinopel verblieben, jedoch verläßt das Deutschtum im nahen Osten als ausgetrotet betrachtet werden muß. Die zurückgebliebenen Erzählungen, daß ihnen vor und bei der Abfahrt vom Ausmarsch gebracht wurde, wie ungern sie die Deutschen verlassen sehen. Von den deutschen in Südrußland gewesenen Truppen sind noch etwa 6000 unter Führung des Admirals Popow unter wenig angenehmen Verhältnissen in Kasan.

Deutsch-polnische Verständigung.

in Warschau, 29. Juni. Deutsche und polnische Wähler haben in einer gemeinsamen Versammlung die folgenden Beschlüsse gefaßt: Die deutsche Regierung und Nationalversammlung den Friedensvertrag der Entente angenommen haben, haben sich Vertreter der Deutschen und der polnischen Bevölkerung aus Warschau Stadt und Kreis vereinigt, um gemeinsam Maßnahmen der Gerechtigkeit, Ordnung und Sicherheit zu erwirken. Es ist zu diesem Zwecke eine Kommission von Vertretern beider Nationalitäten gebildet worden, die die weiteren Schritte unternehmen wird.

Die Verbilligung der ausländischen Lebensmittel.

Berlin, 28. Juni. Das Reichsministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Regelung der Verbilligung der Lebensmittel für ausländische Zufuhren endgültig festgelegt. Zu den Verkaufspreisen, welche die Reichsteile künftig in Rechnung stellen sollen, sind die Verteilungskosten der Kommunalverbände hinzuzurechnen. Die Abverkaufspreise werden sich hiernach für das Land und je nach den Umständen des einzelnen Kommunalverbandes etwa wie folgt stellen: Amerikanisches Rindfleisch, von dem auch fernerhin 250 Gramm die Woche verteilt werden sollen, 80-85 Pf. statt bisher 70-75 Pf. Reis, der abwechselnd mit Hülsenfrüchten mit 1/4 Pfund pro Kopf und Woche zur Verteilung gelangen soll, etwa 2-2,20 Mk. statt bisher über 3 Mk. Hülsenfrüchte etwa 1,10-1,30 Mk. statt 2,20 Mk. Ausländisches Fleisch, soweit infolge Mangels an inländischem Fleisch auf Rationen verteilt werden muß, 4,50-5 Mk., während bekanntlich zuletzt in Dortmund 10 Mark für das Pfund gezahlt werden mußte.

Amerikanischer Speck, 125 Gramm je Kopf und Woche, 4-4,50 Mark, statt bisher 7-8 Mark. Ausländisches Speckfleisch, 50 Gramm je Kopf und Woche, 5-5,50 Mk. statt bisher 6-7 Mk. Ausländische Kartoffeln sollen jetzt verbilligt werden, daß die Preise für die Zulaufstoffe nicht überschritten zu werden brauchen.

Nach der obigen Berechnung wird der Gesamtbeitrag der Verbilligung über 1 1/2 Milliarden betragen. Er soll zu gleichen Teilen auf Reich, Freistaaten und Kommunalverbände übernommen werden. Daß die Freistaaten und Kommunalverbände bei diesem großen Opfer des Reiches sich in dieser Weise beteiligen werden, kann vorausgesetzt werden, nachdem der preussische Finanzminister sich bereits mit dieser Regelung einverstanden erklärt hat. Die Maßnahme soll in aller Eile durchgeführt, auch soll dafür Sorge getragen werden, daß die Zufuhren der Kommunalverbände keinesfalls über die wirklich entstehenden Kosten hinausgehen.

Der Eisenbahnerstreik.

in Berlin, 29. Juni. Amtlich. Sonntag morgen fanden im Reichstag eine Versammlung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter statt, die sich anfangs überwiegend für schnelle Wiederaufnahme der Arbeit aussprach. Nachdem sich ein großer Teil der Beamten zum Minister Deser begeben hatte, trat der unabhängige Paul Hoffmann aus und sprach für die Fortsetzung des Streiks aus. Bei dem Empfang des Beamten beim Minister wurde ein völliges Chaos zwischen der Beamenschaft und dem Minister erzeugt. Der neugewählte Vorsitzende des Beamten-gewerkschaftsbundes erwiderte auf die mit großem Beifall ausgenommenen Worte des Ministers und erklärte nachdrücklich, daß die Beamten aus dem Lande sich entschieden von den Berliner Beamten und Arbeitern trennen würden, falls diese etwa im Streik verharren sollten. „Berlin ist nicht das Reich“. Der Minister sagte zu, den Reichsbahnminister um sofortige Aufhebung seines Streikverlases zu ersuchen. Arbeiter- und Beamtenvertreter äußerten übereinstimmend, daß am Montag früh die Arbeit allgemein aufgenommen werden würde. Bei einem zweiten Empfang in den Abendstunden erklärten Arbeitervertreter und vereinigte Berliner Beamtenvertreter, daß infolge des Auftretens von Paul Hoffmann von neuem Erregung in die Arbeiterschaft getragen sei. Der Streikverlaß des Reichsbahnministers ist Sonntag abend aufgehoben worden. Die Aufhebung ist sofort allen Berliner Eisenbahndienststellen bekannt gegeben worden.

Einigung in Breslau.

in Breslau, 29. Juni. Zwecks Beilegung des Breslauer Eisenbahnerstreiks haben am Sonntag vormittag erneut Verhandlungen zwischen der Streikleitung mit dem Reichskommissar stattgefunden. Das Ergebnis war die sofortige Befreiung der sofortigen Wiederaufnahme des Betriebes, falls der Reichskommissar bereit wäre, persönlich mit allem Nachdruck für die Forderungen der Arbeiter einzutreten. Der Reichskommissar erklärte nach nochmaliger Eingabe der Streikleitung der Sachlage sich bereit, sich mit seiner ganzen Person für die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner einzusetzen. Alle über das Wirtschaftliche hinausgehenden Forderungen lehnte der Reichskommissar grundsätzlich ab. Darauf fanden noch einmal Verhandlungen mit der Streikleitung statt, als deren Ergebnis im Laufe des Vormittags an allen Stellen in der Provinz die telegraphische Aufforderung zur sofortigen Wiederaufnahme des Außenbetriebes und zur Wiederaufnahme der Arbeit in allen Haupt- und Nebenwerkstätten für Montag früh 6 Uhr angenommen wurde. Der Reichskommissar hat daraufhin davon abgesehen, sich, wie ursprünglich geplant, am Montag mittag von der Eisenbahndirektion alle diejenigen Arbeiter nennen zu lassen, welche die Wiederaufnahme der Arbeit betweigert haben.

Blutige Zusammenstöße in Breslau.

in Breslau, 29. Juni. Amtlich. Gestern nachmittag zog sich in der Gartenstraße eine größere Menschenmenge zusammen. Diese griff trotz anhaltender Warnungen die Pfosten an, so daß es zu einer blutigen Auseinandersetzung kam. Die Menge, in der sich viele Leute in Mänteln und Sportuniform befanden, zum Auseinandergehen aufgefordert wurde, was mit Hohn und Spott beantwortet wurde. Nach der 7. und 8. Aufforderung und mehreren Warnungsschüssen wurde Befehl zum Feuer gegeben. 10 zum Teil Schwerverwundete blieben auf dem Platz. Später zeigte an einer anderen Stelle ein Mäntel die Menge gegen die bewaffnete Macht auf. Die Menge schloß so schnell an, daß mit einer Durchbrechung der Pfostenlinie gerechnet werden mußte. Auch hier wurde geschossen, wobei ein Junge verwundet wurde. Achtzig Zwischfälle widerstanden sich. Im Laufe des Abends wurde es dann ruhig, jedoch die Sicherungen zurückgezogen werden konnten.

Beilegung des Götlicher Streiks.

in Götting, 28. Juni. In einer vormittags in der Stadthalle stattgefundenen Versammlung der Eisenbahner wurde beschlossen, die Arbeit am Nachmittag wieder aufzunehmen und diezüge noch heute abend wieder verkehren zu lassen.

Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsministerium.

Berlin, 29. Juni. Im allgemeinen Publikum vor allem in wirtschaftlich besonders interessierten Kreisen, bestehen noch immer vielfach Zweifel über die Abgrenzung der Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums und Reichswirtschaftsministeriums in Bezug auf Arbeiterfragen. Zur Klärung und Wahrung der Abgrenzung wird deshalb festgestellt, daß alle den Arbeitsvertrag betreffenden Fragen sozialpolitischen Art, vom Reichsarbeitsministerium bearbeitet werden. Es insbesondere, Erwerbslosenfürsorge, Entlassungsplanung, Mitbestimmungsrecht, Betriebsräte. Alle entsprechenden Anfragen und Anträge sind deshalb auf diesem Wege ausschließlich an das Reichsarbeitsministerium zu richten. Das Reichsarbeitsministerium befaßt sich dem gegenüber mit Arbeiterfragen nur insoweit, als sie die Fortführung und den Wiederaufbau des Produktionsprozesses und seine Technik betreffen. In dieser Beziehung werden auch die Gewerkschaften, die Betriebsräte, die Arbeitsgemeinschaften und ähnliche Organisationen im Reichswirtschaftsministerium bearbeitet. Die zu diesem Gebiete gehörigen Fragen und Anträge sind deshalb an das Reichswirtschaftsministerium zu richten.

